

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis - 30 Goldmark (ohne Postgebühren)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Baugewerkschaften kosten - 50 Goldmark
für die dreispaltige Zeile oder deren Raum
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

Betreuung unsern Bund auch im Winter!

Die Tage werden kürzer. Die Luft wird rauher. Von den Bäumen fallen braune und gelbe Blätter zur Erde. Der Winter meldet sein Kommen.

Für viele unserer Mitglieder bedeutet der Winter verstärkte Arbeitslosigkeit. Obwohl in den letzten Wochen vielfach eine lebhafte Bautätigkeit eingeleitet und vermehrte Arbeitsgelegenheit gebracht hat, so fehlt schließlich dennoch der harte Winter der allem der Mühenarbeit am Bau ein Ziel. Sollten wir, daß der kommende Winter nicht so anhaltenden Frost bringt, wie ihn der vergangene Winter gebracht hat, daß es nach möglichst kurzer Pause wieder aufwärts- und vorwärtsgeht im Bauwesen. Das liegt nicht nur im Interesse der Bauarbeiterschaft und der Arbeiter in der Bauhofherzeugung, sondern auch in dem des deutschen Volkes. Die Wohnungsnot ist ein ebenso lauges wie trübes Kapitel in der derzeitigen deutschen Wirtschaftsgeschichte. Es hat den Anschein, daß die kommenden Jahre eine lebhafte Bautätigkeit bringen werden, was im Interesse aller zu begrüßen wäre. Auch unser Baugewerksbund würde daraus Vorteile ziehen.

Noch darüber später. Halten wir uns zunächst an den bevorstehenden Winter und betreffen wir damit die schon immer beobachtete Tatsache, daß der Winter zu einem unersetzlichen Bestandteil der Bauarbeiterschaft geworden ist. Eine teilweise Entlastung läge darin, daß ein Teil der Mitglieder den Beruf und damit auch die Organisationszugehörigkeit wechselt. Leider liegt es aber auch so, daß eine Anzahl Kollegen nach Eintritt der Beschäftigungslosigkeit der Gewerkschaft überhaupt den Rücken kehrt. Das ist ein Zustand, dem jede Gewerkschaft mehr oder weniger in Zeiten der Arbeitslosigkeit unterworfen ist.

Wir finden eine Erklärung dafür nur, wenn wir festhalten, daß es viele Arbeiter gibt, die nur durch das Arbeitsverhältnis und den damit verbundenen Umgang mit organisierten Arbeitsgenossen sich wohl oder übel veranlaßt fühlen, sich gleich ihnen der Organisation anzuschließen. Fällt dieser moralische Zwang, dann gehen sie auch wieder der Organisation verloren. Sie sind nicht Mitglieder aus innerer Überzeugung, sondern aus äußerem Zwang.

Dies kommt daher, daß diese Kollegen zum Teil beruflich sind, daß sie vor allem die unbedingte Notwendigkeit dieser Gewerkschaftszugehörigkeit nicht erkannt haben. Daraus ergibt sich für die überzeugten Gewerkschaftler die Pflicht, hier eine Lücke in unserer Arbeit anzufüllen. Das heißt mit andern Worten: Jeder, der von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt, der stetes und getreues Mitglied seiner Organisation ist, soll für den Ausbau und die Stärkung seiner Gewerkschaft nicht nur eintreten in guten, sondern auch in schlechten Tagen. Diese Betätigung ist im Winter oftmals zu vermehren. Deshalb sollen diese Zeiten ein Hinweis und Ansporn für alle sein, auch im trüben Winter alles zu tun, um die Organisation stabil zu erhalten und sie möglichst stark dem Frühjahr entgegenzuführen.

Es ist richtig: Fällt das Zusammenleben bei der Arbeit fort, dann schwindet damit eine wesentliche Begründung der Arbeit. Dann liegt das Schmerzgewicht unseres Wirkens für den Bauergewerksbund bei anderer Stelle, in der Gausagitation, in gelegentlichen Gesprächen und in den Versammlungen. Nebenfalls sollten aber diese Gelegenheiten voll ausgenutzt werden, um für unsern Bund auch im Winter zu werben. Und daran sollten sich alle beteiligen, die überzeugt sind vom großen Nutzen der Organisation.

Darum an die Winterarbeit! Betreue unsern Bund auch im Winter! Merkt Euch die Kollegen, die auf dem Bau nicht besonders weiterfest waren. Sucht sie gelegentlich auf und prüft ihre Organisationsstreue. Auch auf den Arbeitsnachweiser bietet sich Gelegenheit, immer wieder die Gewerkschaft in Erinnerung zu bringen. Vor allem aber muß im Winter mit seinen langen Abenden das Verammlungsleben ganz besonders gepflegt werden. In den Versammlungen werden belehrende Vorträge gehalten, die das allgemeine Wissen der Arbeiter vertiefen. Andere Vorträge sind der Aufmunterung gewidmet; sie helfen den Gewerkschaftsgedanken. Die Versammlungen sind auch dazu da, die jeweilige gewerkschaftliche Politik, Zukunftsarbeit und wichtige betriebliche Maßnahmen zu beraten, Stellung zu nehmen zu den Angelegenheiten der Wirtschaft. Sie sind eines der vornehmsten Befehls- und Förderungsmittel des Organisationslebens.

Da genügt es nicht, daß sich der Kollege sagt, er erfüllt seine Pflicht, wenn er jede Versammlung besucht. Vielmehr muß jeder darauf achten, daß sich möglichst viele an diesen äußerst wichtigen Versammlungen beteiligen. Bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit müssen die Kollegen auf die Versammlungen, auf ihren Wert und Nutzen hingewiesen und zu deren Besuch aufgemuntert werden. Und auch dabei bleibt man nicht stehen; man ladet die Versammlungsteilnehmer Kollegen in der Wohnung, ladet sie zur Versammlung ein, holt sie sogar dazu ab. Jeder muß eben alles tun, was in seinen Kräften liegt, um das Gewerkschaftsleben wachzuhalten. Wenn dann jeder seine Schuldigkeit tut, wenn er tut, was ihm Pflicht

und Überzeugung auferlegen, dann wird es uns auch gelingen, die Mitglieder bei der Stange zu halten, was von großem Vorteil für die Gesamtbewegung ist.

Die Winterzeit ist eine besonders harte Zeit. Erhöhten Ausgaben für Kleidung, Licht und Feuerung stehen in der Regel in jedem Arbeiterhaushalt Mindereinnahmen gegenüber. Die Gewerkschaft selbst hat mit größerer Ungunst zu kämpfen; ihre Beweglichkeit und Stoffkraft wird durch die ungünstigeren wirtschaftlichen Verhältnisse beeinträchtigt. Dies alles sind Umstände, die bei manchem Kollegen ein Misstrauen des Gewerkschaftsinteresses bewirken. Dies müssen wir verhindern. Wir müssen alle unsere Kräfte anspannen, um das Interesse an der Gewerkschaft hochzuhalten, um mit neuer Kraft dem Frühling entgegenzugehen.

Dem Frühling! Nur einige Monate weiter, und schon sehen wir wieder seine Vorboten. Verborgene Kräfte arbeiten in der Natur auch im Winter, und wir beobachten — noch von Schnee und Eis umgeben — bereits im

Ein hoher Arbeitslohn vermehrt den Fleiß der großen Masse. Der Arbeitslohn ist das Reizmittel des Fleißes, und wie jede andere menschliche Eigenschaft wird der Fleiß größer, je mehr Reizmittel ihn antreiben. Reichliche Nahrung vermehrt die körperliche Stärke des Arbeiters, und die tröstliche Hoffnung, seine Lage zu bessern und seine Tage vielleicht in Behagen zu beschließen, bewegt ihn, diese Stärke aufs äußerste zu betätigen. Deshalb sehen wir, daß allenthalben, wo der Lohn hoch ist, die Arbeiter fätiger, fleißiger, anstelligere sind als da, wo er niedrig ist.

Adam Smith.

zeitigen Frühjahr ein Knospenschwellen an Baum und Busch. So soll es auch in der Gewerkschaft sein. Unsere Winterarbeit in unserm Bund soll gleichfalls fruchtbar vorbereitet sein, um dann im Frühjahr mit erneuter Kraft und gellammelmtem Mut weiterzuwirken für unsern Bauergewerksbund und uns durch ihn, durch seine neu aufgeweckte Kraft, neue Wirtschaftsbereiche zu erringen. Je besser die Vorbereitung, um so leichter der Kampf. Je härter unsere Front, um so besser die Erfolge.

Darum verleiht fleißige Winterarbeit. Gutes Gewerkschaftsleben auch im Winter. Herz und Hirn der Menschen sind in mehr besonderem Maße. Und wenn dabei jeder das bestmögliche können seine Pflicht erfüllt, dann werden sich die Kräfte zeigen und die Kollegen mit erneuter Zuversicht und neuem Kampferwillen erfüllen, um weiterzuarbeiten für ein besseres Leben im Schutze des Bauergewerksbundes, durch ihn und für ihn, dem Endziel entgegen!

Freihandel oder Schutzzoll?

III.

(Schluß.)

In den vorangegangenen Absätzen haben wir eine Darstellung vom Wesen des Schutzzolles gegeben. Wir haben die Theorien abgehandelt und in einem geschichtlichen Rückblick gesehen, welcher Art die Handelspolitik Deutschlands im allgemeinen bis zum Ausbruch des Krieges gewesen ist. Heute stehen wir wieder vor Zollkämpfen. Die Reichsregierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der einheimischen „nur“ hohe Agrarzölle vorschlägt, in dem aber auch die Ermächtigung für die Regierung enthalten ist, zu geeigneter Zeit die Zölle auf Industrieerzeugnisse abzuändern. Nur durch die Abstraktion der Sozialdemokraten ist es gelungen, die Verhandlungen einseitigen noch hinauszuschieben. Für die kommenden Zollkämpfe wird es zum Verständnis dieser Zollfragen wichtig sein, sich zunächst die heutige weltwirtschaftliche Lage Deutschlands kurz vor Augen zu führen.

Bei den Veränderungen der innerdeutschen Wirtschaftslage ist besonders zu beachten, daß unsere Nahrungsmitteleinlage durch Verlust von Anbauflächen gegenüber der Vorkriegszeit um 17% schmaler geworden ist. Die Weltwirtschaftslage ist aber heute wieder fast die der Vorkriegszeit. Es müssen also fast ebensoviel Menschen ernährt werden wie vor dem Kriege. Das ist nur möglich, wenn — neben intensiver Ausnutzung der Anbauflächen — durch Austausch industrieller Waren auf dem Weltmarkt die Nahrungsmittelinfuhr gesteigert wird. In dieser Richtung lag schon in der Vorkriegszeit die Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes. Unsere Nahrungsmitteleinlage erstreckt sich weit über unsere Grenzen hinaus. Die Ver-

zögerung der Anbaufläche und Schwierigkeiten in der Einfuhr haben nun in Deutschland die zur Verfügung stehende Getreidemenge eingeengt. Man kann von einer gewissen Knappheit sprechen. Auch unter sonst „normalen“ Umständen würde eine solche Tatsache eine starke Preissteigerung in Deutschland zur Folge haben. Auf dem Weltmarkt sind die Preise für Getreide in der letzten Zeit immer höher gewesen als auf dem heimischen Markt. Daher sehen sich der deutsche Landwirt nach dem Weltmarkt. Dort möchte er sein Getreide verkaufen. Dabei ist es jedenfalls besser von Grasse sehr gleichgültig, ob sein Käufer deutscher Getreide hätte bei Zehlen eines Schutzzolles die meiste Leistung der Grenzen zur Folge. Die Weltmarktpreise und die deutschen Preise werden sich ausgleichen. Die Weltmarktpreise unter Preis aber gar nicht der allgemeinen Marktlage; denn die Getreidekaufkraft in Amerika ist künstlich genant und daher auch nur vorübergehend. Das haben insbesondere auch die deutschnationalen „Waterslandfreunde“ beabsichtigt, als sie die Regierung zwingen, ihnen als Kaufpreis für ihre Zustimmung zu den sogenannten Dames-Gesetzen Agrarzölle zu schenken. Die Vorlage will einen Zollschutz für die Landwirtschaft. Das kann nur für den Fall berechnet sein, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Weltmarkt zurückgehen — was mit Bestimmtheit zu erwarten ist — und der deutsche Markt dann bei Zehlen eines Zollschutzes vor den ausländischen Lieferanten erobert werden würde. Deutsches Getreide müßte dann naturgemäß im Preise fallen. Das können aber die armen Junker nicht ertragen. Deshalb: Dec mit dem Schutzzoll zur Erhaltung der hohen Preise und der hohen Gewinne der Großgrundbesitzer! Wieder beginnt bei uns eine Zeit „nationaler“ Parolen. Der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums hat schon das dringende notwendige nationale Stichwort geliefert. Er will diese Zölle zur „Erhaltung der inländischen Produktion“. Deutschlands inländische Produktion besteht aber zum großen Teil in der Herstellung von Industrierwaren. Und wenn auch Deutschland in den Jahren vor dem Kriege in steigendem Maße einen großen Teil seiner Erzeugnisse selbst verbrauchte, so ist es doch immer gezwungen gewesen, ein Sechstel seines Nahrungsbedarfes durch Austausch auf dem Weltmarkt zu beschaffen. Diese Notwendigkeit ist heute um so dringender, nicht nur, weil die Anbaufläche geringer ist, sondern weil Deutschland heute aus den Erträgen seiner Wirtschaft die Reparationen erlassen muß. Das kann aber nur die Reparationen werden durch höchste Intensivierung des Wirtschaftsbetriebes. Nur durch gesteigerte Leistung der Exportindustrie, durch die stets wachsende Ausfuhr hochwertiger Erzeugnisse, kann der Nahrungsmitteleisbedarf gedeckt und daneben die Wiedergutmachung betrieben werden. Dazu gebraucht Deutschland den Freihandel in der Weltwirtschaft.

Für den Freihandel muß es heute mehr denn je eintreten; denn die Schaffung eines agrarischen Schutzzolles befristet die anderen Länder in ihrer Sozialpolitik und fördert eine solche dort, wo sie noch nicht besteht. Deutschland darf angesichts seines unbedingt notwendigen Bedarfs an ausländischen Getreide nicht diese Einfuhr erschweren. Angestrichelt seiner weltwirtschaftlichen Beschickung, die in dem unbedingten Zwange zur Ausfuhr noch stärker werden wird, muß es sich gegen den Schutzzoll und für den Freihandel aussprechen. In der Gestaltung der Weltwirtschaft drängt die Entwicklung auf die internationale Arbeitsteilung unter den Völkern hin. Deutschland muß sich deshalb die Vorteile dieser Arbeitsteilung rechtzeitig zu eigen machen. Solche Erkenntnisse sind auch auf der im vergangenen Monat abgehaltenen Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart in einer Entschließung ausgesprochen worden. Das ist deshalb von großer Bedeutung, weil bekannte Schutzzöllner der Vorkriegszeit mit zu den Unterzeichnern der Entschließung gehörten. Auch wir wollen bezeichnen, daß von dieser Beschlußung so annehmbarer herührt, als wir darin ein Zeichen sehen, daß sich die Wirtschaft der Volkswirtschaft zu rühren beginnen. Während der Inflationswirtschaft haben wir ihre warnende Stimme vermischt. Schutzzölle mögen — privatwirtschaftlich gesehen — das Angenehme für gewisse Unternehmer haben, dadurch dem Zwang zur Rationalisierung zu entgehen. Sie können so wie bisher weiter „wirtschaften“. Der Verbraucher zahlt ja alles! Volkswirtschaftlich gesehen, verteuern die Schutzzölle die Lebenshaltung und tragen somit zur Steigerung der Produktionskosten bei. Dadurch wird in nächster Folge der Absatz der Erzeugnisse erschwert, wenn nicht gar verhindert. Das aber kann weltwirtschaftlich auf keinen Fall ertragen werden. Deutschland ist durch den Fortschritt der Produktion in den anderen Ländern und durch die Belastung mit den Reparationen ganz besonders dem Zwange der Rationalisierung unterworfen. Es muß deshalb alle Hindernisse, die den Weg zur Rationalisierung versperrten, beseitigen. Zu diesen Hindernissen gehört auch der Schutzzoll. In der Nachkriegszeit ist der Anbau der so oft der Warnung des Festhaltens an veralteter Technik gemacht worden. Auf der Stuttgarter Tagung des Vereins für Sozialpolitik

hat Professor Sering, der bekannte Agrarwissenschaftler, von der Landwirtschaft gesagt, daß für ihre Züchtung noch unendlich vieles zu tun sei. Und das könne alles ohne Zoll geschehen. Damit ist aus beruflichem Munde die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft — wenn nicht deren Schwäche — bezeugt worden.

Angewiesen heißen sich die Verhältnisse am Getreidemarkt immer mehr zu. In der Berliner Produktionsliste notierten am 4. Oktober Weizen 245, Roggen 249 M. Wenn man für Roggen den Durchschnittspreis des Jahres 1913 mit 164 M. in Anschlag bringt, so liegt der jetzige Roggenpreis um mehr als 80 % über dem Vorkriegspreis, trotzdem in diesem noch der Zoll von 55 M je Tonne enthalten war. Diese Entwicklung ist ausgegangen von den ungünstigen Ernten in den meisten europäischen Staaten und dem geringeren Ernteergebnis in den großen Erzeugungsländern. Sie läuft in gleicher Höhe der Preisentwicklung der amerikanischen Märkte. Auch in New York und Chicago stehen die Preise gegenüber der Vorkriegszeit etwa 50 % höher. Würden zu dem deutschen Preise, wie die Regierung es in ihrem Entwurf vorsieht, die Sätze des Bülows-Tarifs von 50 und 55 M hinzukommen, so hätten wir gegenüber der Vorkriegszeit nahezu eine 100prozentige Erhöhung der Preise. Schon bei den heutigen Preisen ist der Steigerungsfaktor über den allgemeinen Großhandelsindex, der zurzeit auf 131 steht, hinaus. Daraus ergibt sich für den Landwirt, daß die Kaufkraft in Getreide ausgedrückt, gegenüber den andern Erzeugnissen gestiegen ist. Das Gesetz von der wachsenden Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produktion, das von 1875 bis 1913 herrschte, scheint jetzt wieder in Wirkung zu treten.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich schon zur Genüge die Untragbarkeit der Agrarpolitik für Volk und Wirtschaft. Schon allein durch die Preisentwicklung sind der Vorlage des Grafen Raniß die Begründungen und die Voraussetzungen genommen worden. Der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands hat volkswirtschaftlich zur Voraussetzung die Stärkung der Kaufkraft der arbeitenden Massen und volkswirtschaftlich den freien internationalen Warenaustausch. Darum hinweg mit dem Schutzzoll!

Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Jahrbuch des ADGB über das Geschäftsjahr 1923 ist soeben im Verlage des ADGB (Preis in Ganzleinen 3 M, Kartoniert 2 M) erschienen. Der Inhalt des Buches ist nicht nur ein Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes, er gibt auch trotz der knappen Form ein zusammenhängendes Bild der deutschen Wirtschaft, der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Bemühungen, die schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs zum deutschen Volke abzumildern.

Das abgelaufene Jahr wird als Kriegsjahr bezeichnet. Der Inhalt des Buches läßt die Frage entstehen, ob nicht die Wirkung des Wirtschaftskrieges des letzten Jahres noch viel beachtender als der verfloffene Weltkrieg gewesen ist. Diese Wirkung kommt nicht nur auf das Konto der Verdrängungen durch die ehemaligen Feindstaaten, sondern in gleicher Maße auch auf die Ziellosigkeit der deutschen Regierung, die ohne Plan, ohne feste Finanzierung den Kampf um das Ruhrgebiet durchzuführen zu können glaubte. Den Nachweis dieses Sachverhalts bringen die lebendigen Schilderungen der Kapitel: „Die Befreiung des Ruhrgebiets“, „Die wirtschaftliche Wirkung des Ruhrkampfes“, „Gewerkschaftliche Forderungen zur Steuererleichterung“ und „Der Rohstoffkampf der Ruhr und die Preissteigerungen“. In diesen Kapiteln wird aufgezeigt, wie besonders die Arbeiterbewegung in der Ruhrgegend spontan in den Umkehrkampf gegen die Befreiung eingetreten ist, wie der Bundesvorstand dem Anbitten des passiven Widerstandes beistand, daß Vorjorge zur Unterstützung der kämpfenden Arbeitsgenossen zu treffen, wie er mit Entschiedenheit sich der Regierung gegenüber eingestellt hat, diesen ungleichen Kampf nicht bis zum Verschluß an die Spitze zu treiben. Erwähnenswert ist das anschauliche Bild über die Folgen der Währungsverunsicherung bis zur Billionenrechnung für eine Goldmark, doppelt tragisch in der Gegenüberstellung der Haltung unserer Wirtschaftsführer gegenüber den praktischen Vorschlägen der Gewerkschaften, dieses Verfalls der Papiermark aufzuhalten. Der Versuch der Stresemann-Regierung, in letzter Stunde durch drakonische Steuern den völligen Zusammenbruch zu verhindern, sowie die im Oktober in Angriff genommene Stabilisierung der Währung durch Schaffung der Rentenmark sind eine glänzende Nachforschung der so oft erhobenen Gewerkschaftsforderungen.

Wesentlich wird auch die Erinnerung an die furchtbaren Sommermonate des Vorjahres bei dem Rückblick auf die Umgriffe gegen die Republik durch Nationalisten, Faschisten und Separatisten, denen die Kommunisten mit ihren fortwährenden Generalstreikparolen wirksam in die Hände arbeiteten. Es ist ein Verdienst der Gewerkschaften, daß die Republik dieser Angriffe nicht zum Opfer fiel.

Eine andere Seite der deutschen Wirtschaft zeigen die Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und über den Kurzarbeiter. Demen, die oftmals kritisch in aufgeregten Versammlungen den Vorwürfen beistimmen, daß die Gewerkschaften sich um das Schicksal der Arbeitslosen nicht genügend kümmern, wird das Lesen dieses Kapitels eine andere Auffassung einflößen. Auf Betreiben der Bundesleitung wurden 27mal die Unterhaltungsätze geändert, nur um gegenüber der Inflationswirkung die Kaufkraft des Unterhaltungsbetrages einigermaßen zu erhalten. Ergänzt wird diese Tätigkeit durch die Bemühungen zur Vereinfachung von Notstandsarbeiten und zur Eindämmung der rigorosesten Bestimmungen bei Anwendung der Grundätze über die Pflichtarbeit. Daß eine solche Tätigkeit den Interessen der Arbeitslosen besser dient, auch mehr Wissen und Können voraussetzt als die Veranstellung zweifelhafte, oft mit tödlichen Folgen für die Beteiligten verbundene Arbeitslosenkontingente, wird auch das letzte Gewerkschaftsmittel anerkennen müssen.

Ganz unentbehrlich für alle in der praktischen Agitation stehenden Gewerkschaftler ist die Kenntnis der Darlegungen über den Kampf um den Achtstundentag. Auch in dieser Frage konnte sich ja die sogenannte Gewerkschafts-

opposition nicht genug tun in Vorwürfen, daß die Arbeiterbewegung durch die Gewerkschaften „verraten“ worden sei. Die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe ergibt sich aus der Darstellung des Werden der Arbeitszeiterordnung vom 21. Dezember 1923, angefangen von den Beratungen der Arbeitszeiterkommission durch den Vorsitzenden Reichsminister bis zu den Bemühungen in der endgültigen Verordnung, wenigstens die berechtigten Ansprüche der Arbeiterbewegung zur Anerkennung zu bringen. Mitbeachtenswert ist bei dieser Gelegenheit die Einstellung der Schlichtungsbehörden und die Stellungnahme des Bundesauschusses zur Frage der zwingendsten Regelung der Arbeitsbedingungen. Der folgende Abschnitt beleuchtet die zwangsläufige Lohnpolitik der Gewerkschaften während der Inflationszeit. Daran schließt sich die Statistik über die Lohnbewegungen im Jahre 1923 und über die Entwicklung der Verbände während des gleichen Jahres.

Die Funktionäre haben dieses Material im letzten Jahre schmerzhaft bemerkt, weil die Durchführung der Inflationsdenkmalvorstellung anfangs die statistischen Beilagen des „Korrespondenzblattes“ weglassen zu lassen. Durch Aufnahme des Ergebnisses der trotzdem durchgeführten regelmäßigen Erhebungen im Jahrbuch wird nicht nur diese Lücke gefüllt, sondern auch Gelegenheit zur Information über die Wirksamkeit und Entwicklung der einzelnen Verbände gegeben. Das Jahrbuch wird dadurch zugleich zum unentbehrlichen Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch.

Neben den bisher angeführten Abschnitten wird im Jahrbuch zu der kommunikativen Förderung der wirtschaftlichen Arbeit genommen, das Wirken der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale behandelt und in besonderen Abschnitten auf die Fragen der Einwanderung und der Fürsorge für die Gewerkschaftsangehörigen in den abgetretenen Gebieten Bezug genommen. Daran schließen sich besondere Kapitel über das Heimstätten- und Siedlungswesen, der Wohnungsfürsorge, den Bildungsbestrebungen und ein Heft über die Wirksamkeit des Jugendsekretariats für die Ausgestaltung der Jugendorganisation und des Fortbildungswesens. Alle diese Kapitel können nur angedeutet werden, weil jedes nähere Eingehen auf den Inhalt bei weitem führen muß. Das gleiche gilt für die folgenden Abschnitte über die Auflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft, den Stand der Umwandlung der Verbände zu Industrieorganisationen, die Rechnungslegung der Bundeskasse und die inneren Verwaltungsangelegenheiten.

Die Fülle des hier aufgeführten Inhalts gibt allen Lesern des Jahrbuches einen Überblick über das riesige Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Dieses Gebiet ist nicht zu messen mit der nur gefühlsmäßigen Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen dazu kommen, daß mindestens die Funktionäre mit allen bewährten Kritikern der Bewegung so vertraut sind, daß sie bewußt dazu bieten das Jahrbuch in ausreichendem Maße. Wer über die Wirksamkeit der Bewegung urteilen will, muß seinen Inhalt kennen. Das Buch gehört deshalb in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre.

Das Problem der Soziallöhne.

Die Streitfrage um die Soziallöhne, demzufolge Arbeiter mit Familie außer dem Grundlohn noch Familienzulagen erhalten, wurde in der Sommerpause der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei zugunsten der Soziallöhne entschieden. Im Parteiprogramm „The New Leader“ wird diese Stellungnahme mit Argumenten belegt, die auch manche lehrreiche Auskünfte geben. Dem Soziallohn steht ein anderer Begriff gegenüber, nämlich der eines Minimallohnes, der einem jeden Arbeiter zu kommen und so beschaffen sein soll, daß davon der Arbeiter mit seiner Familie auskömmlich leben und seine Arbeitskraft wiederherstellen kann. Inwiefern kann die Lage der Volkswirtschaft die Verteilung einer dieser Forderungen entsprechenden Lohnsumme unter Umständen nicht gestalten. Es beträgt in England das Existenzminimum nach den Berechnungen Professor Bowleys wöchentlich 8 Pfund Sterling 1 Schilling 8 Pence. Der Sachverständige für die Schätzung des Nationaleinkommens, Sir Josua Stamp, kommt aber auf Grund seiner Schätzung zu dem Ergebnis, daß dieser Minimallohn nur bei vollständiger Gleichheit familiärer Löhne aus dem Nationaleinkommen bestritten werden könnte. In Australien wurde im Jahre 1920 ein Existenzminimum von wöchentlich 5 Pfund Sterling 16 Schilling ausgerechnet, dem aber kein entsprechendes Nationaleinkommen entgegengestellt werden konnte. Demzufolge bestimmte man dort einen Minimallohn von nur 4 Pfund Sterling, dazu kam noch eine Zulage von 12 Schilling für jedes Kind. Die Verteilung des Soziallohnes erfolgt durch Ausgleichskassen, die dazu errichtet wurden. Die Verteilung der englischen Arbeiterkraft mit Rücksicht auf ihre Familienverhältnisse ist wie folgt: 27 % der Beschäftigten sind Junggehehen oder Witwen; 27,4 % Verheiratete ohne Kinder unter 14 Jahren; 18,6 % mit 1 Kind, 15 % mit 2, 8,8 % mit 3 Kindern, 9,6 % mit mehr als 3 Kindern. Würde sich der Minimallohn auf ein Durchschnittsfamilie mit 3 Kindern beziehen, so würden 10 % der Familien zu kurz kommen. Kann aber ein solcher Minimallohn nach dem oben Ausgeführten nicht gewährt werden, so müssen über 40 % der Familien mit Kindern schlecht ausgehen.

Dieser Zustand führt zur Einführung des Soziallohnes. Allerdings werden bei der Einführung des Soziallohnes von anderen Umständen geleitet; in Ländern mit großem Geburtenrückgang wie in Frankreich fördert der Staat und die Industrie den Soziallohn deshalb, um die kinderreichen Arbeiter dafür zu belohnen, daß sie für die Erzeugung einer Arbeitererbe sorgen. Inwiefern wünschen jetzt auch die Gewerkschaften in Frankreich und Belgien, die früher dem System feindlich gegenüberstanden, aus andern Gründen wie die Unternehmern die Einführung von Soziallöhnen, nur fordern sie, daß ihre Verwaltung und Verteilung aus den Händen der Arbeitgeber in die des Staates übergehen soll. Befanntlich

sind in Frankreich die staatlichen Unternehmungen wie auch die Industrien, die staatliche Bestellungen erhalten, zur Zahlung von Soziallöhnen verpflichtet. In Deutschland sind es insbesondere der Bergbau, der Maschinenbau, das Textilgewerbe, die chemische und Papierindustrie, vor allem aber der Staats- und Gemeinbedienstete und die Angestellten in der Privatindustrie, für die Soziallöhne bestehen. Außer in diesen 5 Staaten sind die Soziallöhne insbesondere in Österreich und Holland eingeführt. Der Verfasser fragt nach dem Grund des Widerstandes gegen den Soziallohn unter der Arbeiterkraft. Ist es nur Konterpartibismus? Oder die Illusion von der Möglichkeit ausreichender Minimallöhne? (Die Industrien, die diese Minimallöhne nicht zahlen konnten, mühten vom Staat entweder durch direkte Hilfe oder durch Subsidien unterstützt werden.) Ist das Eigeninteresse der jüngeren Arbeiter, deren Grundlohn bei Einführung des Soziallohnes unter Umständen gegenüber dem heutigen sinken müßte, im Spiel? Oder aber liegt das Bedenken des Soziallohnes darin, daß die gesamte Lohnsumme, die in Form von Grundlöhnen und Familienzulagen ausbezahlt würde, geringer wäre als vor Einführung des Soziallohnes? Auf die letzte Frage gibt der Verfasser die entscheidende Antwort, daß diese Befürchtung nur für Industrien zutreffend sei, die nicht gut organisiert sind. Bei gut organisierten Industrien sei aber eine solche Befürchtung nicht vorhanden.

Die letzten Zuckungen der Ausgerissenen.

Mein kleiner Aufsatz in Nr. 34 des „Grundstein“ über die Zustände in Oberswalden liegt den Ausgerissenen schwer im Magen. Die Kollaborierer Moskows wollen die Wahrheit nicht wissen. Vor allem sollen sie die von ihnen Genasführten nicht erfahren. Daher auch der Aufsatz in Nr. 14 des „Mauarbeiter“. Ueber meine Tätigkeit in Oberswalden haben die Kreisligen Kollegen allerdings eine andere Ansicht. Das beweisen die täglich eingehenden Anträge um Wiederaufnahme der durch die Volksgenossen zurückgeführten Kollegen, die es fast haben, sich von diesen Irrerungen noch weiter einfeilen zu lassen. Wer war denn damals Vorsitzender und wer war Geschäftsführer in Oberswalden? Kräftig diese beiden Positionen nicht die größte Schuld an der Zerstörung der Baugewerkschaft in Oberswalden? Haben nicht die beiden Spaltwiler Kaiser und Kästel nach hier geholt, ohne vorher die Mitglieder zu befragen? Waren nicht diese 4 Köpfe die Hauptschuldigen in jener entscheidenden Sitzung, der Bezirksleiter Lehmann und Kollege Lehmann hinhauten? Waren sie es nicht, die die Mitglieder zur Verpöpfung getrieben durch ihre falschen Angaben über den mit der Bezirksleitung geführten Briefwechsel? Und warum konnte unser in den besten Anfängen stehende „Rauhütte“ nicht weiterbestehen? Warum wählte man mich nachher zum Geschäftsführer, wo ich doch erst die dritte Versammlung besucht hatte? Warum wollte man mich nicht am 4. November 1923 aus dem Ausgerissenenverband scheidet sehen? Aus Angst vor der Aufhebung des Schwindels und der daraus folgenden Auflösung des Vereins der Ausgerissenen, aus Angst, daß sie den Weg zur alten Organisation wieder zurückfinden könnten!

Da den Mitgliedern des Ausgerissenenverbandes so manches vorantahen wird, deshalb für sie folgendes zur Kenntnis: Einer ihrer „führenden“ Köpfe stellte bei uns einen Aufnahmearbeit, der von uns glatt abgelehnt wurde. Der andere versuchte es auf Umwegen, er richtete an die Bezirksleitung die Anfrage, ob ihm der Baugewerksbund im Ausland, wenn nicht anders, auch in Deutschland Arbeit nachweisen könne. Diese Unberücksichtigung wurde natürlich ablehnend beantwortet.

Im übrigen sollen sich diese Herren nicht einbilden, ich fürchtete eine erneute Auseinandersetzung mit ihnen. Die wünsche ich sogar, um den Mitgliedern noch mehr als bisher klar zu machen, wohin es führt, wenn sie sich von solchen Leuten berückt machen lassen. Des Ausgerissenenverbandes sind sie nämlich auch schon überdrüssig, nur möchten sie es mit einem Kolaloberer versuchen. Kollegen! Falls auf diesen neuesten Schwindeln nicht herein! Ihr habt Euch schon einmal verkauft! Wer gewillt ist, seine Gewerkschaftsarbeit zu leisten, der trete zum Baugewerksbund. Die aber bloß spalten, lügen und verleumben wollen, die mögen draußen bleiben.
G. Neumann, Oberswalden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Im Streik oder ausgehert sind die Kollegen in Angerburg (Firma Wallroth), Iniel Baltum, Wetum-Wegack (Platzhelf), Wingen, Frankfurt a. M., Gräfenhain, Aelheim, Königsdorf, Landsberg a. d. W., Tiefbaufirma Bach am Straßenaubau Werich-Jangin, Mainz, Oppeln, Wöfchel (Zeithelf), Ziffel, Weichau, Wiesbaden, Wöwendt, Worms, Weizen und Umgegend, Zittau (Steinfelsen).
Glieseleger: Streik ist in Duisburg und Mülheim a. d. R.

Stuttartener: Streik! Ist in Gfilingen, Landau (Sperrre über das Gipfelergeleit Joh. Schlimmer), Ulm.

Löcher: Die Denksform streiken in Oos, Laff, Sommerfeld (Bayl Frankfurt a. d. M.), Matzowen; auch in Werten und Fürstentum dürfte der Streik bereits ausgedehnt sein. Geplant ist ferner für Densformer Angerburg, für Densfelder Angen in Westf.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Frankfurt. Die bis zum September andauernde schlechte Lage der Bauwirtschaft gab den Unternehmernverbänden unseres Bezirkes die Möglichkeit, jede betriebsmäßige Regelung der Löhne zu verhindern. Ein Vorgehen, das selbst bei Berücksichtigung der Kreditnot in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Sie verhängten sich dabei allerdings hinter der Fassade, daß ihre Auftraggeber bei weiteren Lohnherabsetzungen die Bauten liegen lassen würden. Mit diesen Drohungen konnten jedoch die indu-

trischen Scharfmacher nur solange Erfolg haben, als die schlechte Lage des Baumarktes anhält. In den letzten vier Wochen haben sich aber die Verhältnisse erheblich gebessert, wodurch Arbeitskämpfe unermesslich wurden. So streikten seit einer Woche unsere Kollegen in Regensburg; schon etwas früher waren unsere Kollegen in Wingen und Reusbach in den Streit getreten weil in beiden Gegenden durch Verhandlungen mit den Unternehmern nichts zu erreichen war. In Regensburg hatten die Verhandlungen sogar mehrere Monate hingezogen. Der Bezirk Frankfurt-Main-Wiesbaden gehörte schon immer zu den teuersten in Deutschland. Dazu ergibt sich aus den Angebotsrechnungen der „Frankfurter Zeitung“ für die Zeit vom 17. Juli bis 2. Oktober eine Steigerung der Lebens- und Genussmittelpreise um mehr als 25%. Trotzdem behaupteten die Unternehmerverbände, keine höheren Löhne bewilligen zu können. Als dann unsere Mainzer Kollegen, auf das äußerste empört, bei 2 Firmen am 18. Oktober die Arbeit niederlegten, sperrten die Unternehmer in den nächsten Tagen darauf die meisten Arbeiter aus und behaupteten dabei je ihren angegriffen worden. Am 14. Oktober haben dann die in Frage kommenden Arbeitgeberverbände in ihren Generalversammlungen beschlossen, in ihrem ganzen Verbandsgebiet am 18. Oktober die Bauarbeiter auszusperren. Angesichts der Lage des Baugewerbes und der Wohnungsnot in den Großstädten unseres Bezirks ist diese Politik geradezu ungeheuerlich. Denn wenn die Beschäftigten durchgehend werden, haben wir mit etwa 8000 ausgesperrten Bauarbeitern in diesem Gebiet zu rechnen, und alle Großstädte mit ihrer Umgebung und viele Mittelstädte und kleine Orte werden von der Bewegung betroffen werden. Wir hoffen jedoch, daß die Macht der Unternehmerverbände dazu nicht ganz ausreichen wird. Die heftigsten Bauarbeiter sind zur entschlossenen Abwehr bereit; denn die Lage ist immerhin recht ernst geworden. Die Verantwortung dafür tragen die Unternehmer. In den Verhandlungen, die am 18. Oktober in Gießen unter dem Vorsitz des Parteisekretärs, Herrn Dr. Kollath, stattfanden, machte dieser nach langen Verhandlungen den Vorschlag, einen Lohn von 75 % in der Spitze bis Ende November festzusetzen. Bis zum 20. Oktober sollen die Parteien dazu eine Entscheidung nehmen. Unsere Kollegen haben in einer Streikversammlung bereits beschlossen, den Vorschlag anzunehmen. Sie sind zwar durch die Erhöhung des Lohnes von 64 auf 75 % nicht befriedigt, glauben aber doch, damit für diese Etappe den Kampf beenden zu können. Wenn auch die Unternehmer zustimmen, wird die Arbeit am 21. Oktober wieder aufgenommen. — Für den Bezirk Wingen-Reusbach wurde ebenfalls am 18. Oktober verhandelt. Dort konnte keine Einigung erzielt werden. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses sieht eine sofortige Lohnerhöhung in der Spitze von 70 auf 76 % und vom 1. November an auf 78 % vor. Der Schiedsrichter wurde von den Bauarbeiterorganisationen angenommen, von den Unternehmern jedoch abgelehnt.

Bezirksverband West. Am 25. September wurde vor dem Lohnschiedsgericht über höhere Löhne für den Bezirk verhandelt. Da die Unternehmer wieder einen Lohnabbau wollten, wurde durch Spruch festgelegt, daß die bisherigen Löhne bestehen bleiben. Neue Verhandlungen können beantragt werden, wenn der Index im Monatsdurchschnitt eine Steigerung oder Wiederrückgang von 5 % nachweist. Als Grund dafür gilt 1,16 Prozent. Dieser Schiedsrichter sollte natürlich keine freundliche Stimmung aus. In Westfalen wurden die Verhandlungen nachgefolgt. Das Ergebnis war eine Zulage von 5 %, so daß der Stundenlohn vom 10. Oktober an für Maurer 78 %, für Hilfsarbeiter 68 % beträgt. Das gleiche wurde in Schwaben und Wismar erreicht, so daß diese 3 Orte der 1.-Klasse wieder gleich im Lohn stehen. In Ostrow wurde ebenfalls ähnlich verhandelt, jedoch boten doch die Unternehmer nur 2 % Zulage. Das lehnten die Kollegen ab, sie verlangten, gleichfalls den Lohn der 1.-Klasse. Da erneut ein Verhandlung nachgefolgt ist, muß der weitere Verlauf der Dinge abgewartet werden. — Die Zöpfer haben in Ostrow durch gegenseitige Vereinbarung einen Stundenlohn von 1. Oktober an auf 80 % erreicht. Eine weitere Bestimmung besagt, daß der Stundenlohn der Ofenseher immer um 5 % höher sein soll als der der Maurer, so daß mit Wirkung vom 10. Oktober der Lohn 85 % beträgt.

Aus den Baugewerkschaften.

Reutlingen. In einer Gemeinderatsversammlung am 14. Oktober wurde in gemeinsamer Sitzung mit dem Kollegium der Architektenentschieden, ein Komitee an der Spitze von Herrn Dr. Kollath zu ernennen. Der Bauaufwand beläuft sich auf 2 Millionen Mark, fast eine Million kommt auf die Ziefbauarbeiten. Der Sachverständige, Ingenieur Hallinger aus Mönchingen, erläuterte den Vorfall, den das Werk bietet. Bezeichnend bei der Sache war, daß wenige Tage vorher von der Deutschen Volkspartei das Werk als eine „Fata Morgana“ bezeichnet wurde; in der deutsch-nationalen „Schwarzweiser Kreiszeitung“ wurde sogar Stellung gegen das Werk genommen. Der Grund liegt darin, daß das Altbadger Straßennetz auf einmal den Strom um 4,6 % die Kilowattstunden angeboten hat. Die Vertreter der Volkspartei waren auch noch in der Sitzung gegen das Werk, mußten sich aber dann doch überlegen lassen, daß es im Interesse der Bevölkerung liegt, wenn das Werk gebaut wird. Mit 28 gegen 1 Stimme wurde beschlossen, das Werk sofort in Angriff zu nehmen. An dem Werk haben etwa 300 Bauarbeiter Beschäftigung.

Aus den Fachgruppen.

Gips- und Stukkatureur. Mühlhausen i. Gsch. Aber eine große Anzahl Geschäfte haben die Kollegen die Sperre verhängt, weil die Unternehmer jede Lohnherhöhung abgelehnt haben. Klein Stukkateur oder Gips- oder Stukkaturer Anfragen sind zu richten an das Bureau des Oberstaatslichen Bauarbeiterverbandes, rue du Mont 48.

Stuttgart. Der am 20. September im Gips- und Stukkatureur-Gewerbe Groß-Stuttgart und Feuerbach ausgebrochene Lohnkampf konnte am 11. Oktober erfolgreich

beendet werden. Trotz ihrer Armut haben die Kollegen fast reiflos zur Stange gehalten; nur etwa ein Dutzend glauben, den Klausstreiker machen zu müssen. Durch diesen einseitigen Willen war es möglich, die Gipsermeister an den Verhandlungstisch zu zwingen. Unter der Leitung des Schlichtungsausschubvorsitzenden wurde am 10. Oktober festgelegt, daß sofort ein Stundenlohn von 90 % und vom 30. Oktober an von 93 % zu zahlen ist. Diesem Ergebnis hat eine sehr stark besuchte Versammlung der Kollegen am 11. Oktober zugestimmt. Mögen die Kollegen auch in Zukunft bei allen Handlungen für den Verband den gleichen einseitigen Willen zum Ausdruck bringen, dann wird es uns auch möglich sein, unsere Lebenshaltung auf ein menschenwürdiges Niveau zu bringen. Der alte Kampfgeist und Opfermut muß wieder entzünden, dann werden wir auch von Sieg zu Sieg schreiben können.

Claf.

An unsere Obente und Kollegen! In Konferenzen und Versammlungen wird das Verlangen gestellt, den einzelnen Fachgruppen mehr Raum im „Grundstein“ zur Verfügung zu stellen. Die meisten Wünsche sind entfallen. Es liegt also an den Berichterstattern, wenn die Kollegen nicht mehr über ihre Fachgruppe im „Grundstein“ lesen. Alle wichtigen Vorgänge im Clafergewerbe sollten dem Reichsfachgruppenobmann gemeldet werden, dann würde es auf diesem Gebiete besser werden. Ueberhaupt sollte jeder befähigte Kollege am Ausbau der Organisation mitarbeiten, mindestens sollte aber der Fachgruppenobmann aus jeder Stadt alle Monate dem Reichsfachgruppenobmann einen Bericht über die Lage am Orte senden. Dann wird es auf diesem Gebiete besser werden. Mit der bloßen Forderung ist es nicht getan; die Kollegen müssen selbst Hand an Werk legen.

Ablehnung eines Reichstarifvertrages im Clafergewerbe. Durch Beschluß unseres Fachgruppentages in Hamburg wurde der Reichsfachgruppenobmann der Claf-Verträge, den Beschluß eines Reichstarifvertrages für das Clafergewerbe mit Nachdruck zu verweigern. Auf schriftliche Anfrage nach der grundsätzlichen Stellungnahme zu dieser Frage beim Zentralvorstand des Verbandes von Claf-Organisationen Deutschlands ist uns durch dessen Vorsitzenden Carl May unter dem 17. Oktober folgende Antwort gegangen: „In Erledigung Ihrer geehrten Zuschrift vom 4. dieses Monats teilen wir Ihnen höflich mit, daß sich unser Verband nicht für den Beschluß eines Reichsmantelstarifvertrages einsetzen kann, da der Verband an dem Beschluß des am 19. Juni 1923 in Bremen stattgefundenen 88. Deutschen Clafertages befestigt ist. Der Verband von Claf-Organisationen Deutschlands erkennt sich als Großorganisation der Arbeiterbewegung über den Arbeitseinsatz. Er bestimmt, daß die Kollegen selbst den örtlichen Verhältnissen entsprechend, mit den Gesellenkommissionen auf Grund der Innungsrechte in Verhandlungen zu treten, Verträge abzuschließen und auszuführen haben. Es bleibt dem Bezirksverband vorbehalten, bezirksweise einzelne Landesdelegierte zusammenzusenden, wenn dies notwendig erscheint und wenn es durchführbar ist.“ Damit dürfte diese Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen. Unsere Kollegen werden nunmehr befreit sein müssen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Clafergewerbe durch Beschluß von Tarifverträgen örtlich oder bezirklich zu regeln.

Berlin. In der am 20. Oktober abgehaltenen Fachgruppenversammlung wies Kollege Purfürst darauf hin, daß am 17. November ein Unterrichtsbesuch des Baugewerksbundes beginnt, der an vier Abenden das Thema „Arbeiter- und Unternehmerorganisation“ behandeln soll. Die durch die Erhöhung des Stundenlohnes bedingte Beitragserhöhung verursacht eine längere Aussperrung, worauf die Beitragserhöhung anerkannt wurde. Hierauf hielt Kollege Purfürst einen Vortrag über die Arbeitsdienstpflicht. Nach einer kurzen Aussprache wurde dann einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Einführung der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt wird. Dann wurde noch auf den Festartikel im „St. Rufus“ Nr. 42 hingewiesen. Es heißt da, daß Claf-Verbande florieren, der beste Beweis sei, daß noch rund 50 Geschäfte mehr eingestellt werden können, doch fehle es an Clafgeschäften. Das stimmt nicht. Wir haben bis jetzt alle Stellen besetzen können; wenn noch 50 Claf- von der Innung gebraucht werden, so sollen die Unternehmer anmerken in den Zeitungen nur deshalb nach Geschäften, um Claf- unter dem Tariflohn zu bekommen. Hat doch einer dieser Herren einen Kollegen erklärt: „Sie haben 2 Jahre nicht im Beruf gearbeitet, da ist es notwendig, daß Sie sich erst einarbeiten, ich zahle ihnen vorläufig 72 % die Stunde.“ Als die Kollegen im Interesse des Kapitals, also auch im Interesse des Herrn Diete, über 4 Jahre im freien Lager, hat man nicht danach gefragt, ob sie damit ihren Beruf verlernten. Die Tarifkommission erhielt den Auftrag, bei weiterer Steigerung der Lebensmittelpreise erneute Forderungen einzureichen. Einstimmig wurde beschlossen, daß bei Enttragung auf dem Arbeitsnachweis außer der Invalidentaxe auch das Verbandsbuch vorgelegt ist. In der nächsten Versammlung am 17. November soll ein Vortrag über das Londoner Abkommen gehalten werden.

Dresden. Am 28. September berichtete in unserer Fachgruppe Kollege Voigtländer vom Verbands- und Bundesstag. Den Uebertritt zum BMB, dürfte wohl kein Kollege bereuen; er hat sich zwar durch die Abgänge der Rahmenmacher zum Holzarbeiterverband einen Mitgliederzuwachs, aber in der Lohnfrage gute Vorteile gebracht. Es wird auch schon ein Reichstarif in Vorschlag gebracht. Die Akkordarbeit soll möglichst gemieden werden, mindestens müßten dabei 15 % Mehrerlösdienst garantiert werden. Kollege Seidel wünscht, daß unser Ziel mehr wirtschaftlich sein sollte; die Organisation müßte mehr für die Sozialhilfe ausgebaut werden. — Unsere Kasselei zählt jetzt 65 Mitglieder. Arbeitslose Kollegen sind zurzeit nicht vorhanden. Die wirtschaftliche Lage drängt zu Lohnforderungen. In der Versammlung wurden Fragenbogen an die Werkstellen zwecks einer genaueren Uebersicht über die dort Beschäftigten Leute ausgegeben. Ueber die Akkord-

arbeit wurde reichlich gesprochen; überhaupt trug die Versammlung einen lebhafteren Charakter; es ist erfreulich, daß sich ein besseres Verständnis und der Drang nach Geschlossenheit bemerkbar macht. — Unsere Lohnverhandlungen haben uns 78 % Stundenlohn in der Spitze gebracht.

Hannover. Am eben erstem Montag im Monat findet abends 7 Uhr unsere Mitgliederversammlung bei Nolte, Heinrichstraße, statt. Besondere Einladungen erfolgen nicht. Es ist Pflicht aller Kollegen, sich mindestens an einem Abend im Monat der Berufszusammenkunft zu widmen. Die nächste Versammlung findet am 3. November statt.

Stettin. Durch eine erscheinende Gleichgültigkeit hatte hier ein Teil der Kollegen die gewerkschaftlichen Pflichten so vernachlässigt, daß die Unternehmer jede Lohnherhöhung sorglos ablehnen konnten. Nachdem wir die Abtrünnigen durch eifrige Werbearbeit der Organisation wieder zugeführt, wurde als die Unternehmer unsere Forderungen abermals ablehnten, von sämtlichen Kollegen die Arbeit eingestellt. Das traf die Herren wie ein Blitz aus heilem Himmel. Noch am gleichen Tage verlangten sie Verhandlungen; auch wurde sofort eine Einigung erzielt. Der Tarifvertrag vom Jahre 1923 einschließend der Ferien wurde bis zum 31. März 1924 verlängert, der Spitzenlohn von 80 auf 78 % — zahlbar vom 1. Oktober an — erhöht. Dieser einseitige Streik hat den Wert der Einigkeit deutlich erwiesen. Deshalb bewacht dem Baugewerksbund die Treue und erfüllt stets ihre Pflicht!

Zöpfer und deren Hilfsarbeiter.

Lohnbewegung. Nachdem sich die bezirklichen Verhandlungen mit dem Ofenfabrikationsverband für diesen Bezirk I (Brandenburg, Mecklenburg usw.) erschlagen, wurde beschlossen, überall örtlich Forderungen zu stellen. Die Unternehmer aber erklärten, dazu nach den Verbandsbedingungen nicht berechtigt zu sein; sie überwiegen die Forderungen ihrem Verband, dessen Geschäftsstelle mitteilt, daß aus den „besonderen wirtschaftlichen Gründen“ die Lohnforderungen abgelehnt seien. Inzwischen war von den Kollegen der Firma Aoll & Streut in Sommerfeld ein Ultimatum gestellt worden; die Kollegen verlangten für Zöpfer und Hilfsarbeiter den Vorkriegs-Stundenlohn und traten, als dies abgelehnt wurde, in den Streik. Auch in anderen Orten wurde der Streik in Aussicht gestellt. Die bezirkliche Lage beantragt die Ofenseher bereit zu sein für eine erneute Verhandlung am 20. Oktober bereit zu sein. Sie entstanden dazu aber nur ihre Verbandspräsidenten Dr. Reiche, Berlin, und Dr. Büninger in der vom schäffischen Fabrikantenverband. Diese erklärten, die Fabrikanten seien bereit, 90 % des Vorkriegslohnes bei Akkord- und Lohnarbeit zu bewilligen. Unsere Vertreter bestanden auf dem Vorkriegslohn (70 % die Stunde und Vorkriegsakkordlohn), was die Syndikatsabteilung der Ofenformer über ganz Deutschland verhängt würde, wenn in Sommerfeld der Streik nicht aufgehoben würde. Unsere Vertreter erklärten, daß sie damit gerechnet hätten; sie würden auf diese Antündigung hin Anweisung geben, nunmehr in Veltens, Markensow und Finkenwalde ebenfalls in den Streik zu treten. Soweit Werbung vorliegt, ist in Markensow bei der Firma Reuch am 21. Oktober die Arbeit niedergelegt worden. Auch in Veltens und Finkenwalde dürfte am 23. Oktober die Arbeit niedergelegt werden sein. — Mit den Berliner Ofensehemestern sind Verhandlungen wegen Handwerkszeugenherstellung und Ferien eingeleitet worden. — Im Bezirk Schlesien-Golstein-Lübbecke beträgt der Ofenseherstundenlohn vom 2. Oktober an 84, bei komplizierten Arbeiten 99 %. Auf den Akkordtarif kommen 8 % Aufschlag.

Würzburg. Der Streik der Kollegen dauerte 4 Tage. Die Konjunktur ist eine sehr gute, die Kunststoffe drängte. Die Unternehmer riefen den Schlichtungsausschuss an, der schon am zweiten Tage einen „Schiedspruch“ fällte, den wir gleich an Ort und Stelle ablehnten, weil das Ergebnis gleich null war. Einer der Herren bildete sich ein, daß nunmehr die Gehilfen vom Schlichtungsausschuss zur sofortigen Arbeitsaufnahme „verurteilt“ seien; er stellte in seiner Naivität sogar eine diesbezügliche Anfrage, die der Vorsitzende nicht ohne mitleidige Lächeln beantwortete. Es folgten dann zwei große Anzeigen in der bürgerlichen Zeitung, die das Publikum über die „Schönheitsfehler“ der Gehilfen aufklären sollten. Am nächsten Tage probierten sie es dann aber mit direkten Verhandlungen. Nach längerem Verhandeln erhielten nun die Ofenseher und Reparaturarbeiter 17 % mehr als bisher. Vom 26. Oktober an beträgt der Ofenseherlohn stets 5 % über den Würzburger Maurerlohn. Der in diesem Jahre bewilligte Urlaub wird am Tage der Arbeitsaufnahme den betreffenden Gesellen in bar ausbezahlt. Die drei Innungen (Stettin, Würzburg) legen die Arbeit nicht nieder, zogen mit der Lehmannsche Uebersicht und schamhaft durch die Straßen und verzichteten nun jedenfalls auch auf die Lohnherhöhung.

Zünftige Ofenseher auf transporenbare Angelegenheiten stellt sofort ein Frägers Ofenseher, Wernigerode a. Harz.
Selbständige Ofenseher, die Wert auf Winterarbeit legen, stellen sie b a u e r n ein Berliner & Matzenberg, Köln, Mittelstr. 3. Fahrgehalt nach Köln wird vergütet.
Zünftige Ofenseher auf Beschäftigten für die Dauer gestellt. Stundenlohn 86 A. Bei mehr unwürdigen Arbeiten freie Station. Heintzenberg, Heideberg.
Zünftige Handel- und Eisenformer stellt ein Heintzenberg, Heideberg.
Selbständigen Ofenseher stellt sofort Dr. Nippes, Osnabrück, Schlichtungsbüro in Gosau.
1 Ofenseher als Sortierer für das Lager, 1 Ofenseher für Scherarbeiten sowie tüchtige Zöpfer für die Württemberg stellt sofort ein Paul Goeckel, Osnabrück, Heintzenberg i. Schichten, Schichtführer.
Jünger tüchtiger Ofenseher und ein Lehrling gesucht. S. Mannlich, Zöpfermeister, Wald Dübelsse i. Gosau.
Zünftigen Ofenseher stellt sofort vier dauernd ein W. Jabel, Zöpfermeister, Stendal, Hauptstr. 40.
Mehrere durchaus selbständige Ofenseher für längere Zeit gesucht. Bei außerordentlichem Leistungswortstellung, Lohn vorhanden. 4 Wochen Arbeit, Fortbewerzung, Lohn Schiedsrichter, Zerstörer Zerst. Gebirger Bergmann, Osnabrück, Heintzenberg a. Harz.
Mehrere Ofenseher sofort gesucht. Fortbewerzung. Mühl & Mülling, Rachtelshausen-Gesellschaft in b. S. Westf. Niedererhein.

